

Wir wollen keine Panzertransporte durch den Barnim!

(Resolution, beschlossen von der Mitgliederversammlung DIE LINKE. Bernau am 09.11.2019)

In Folge des Ukraine Konflikts beschlossen im September 2014 die Staats- und Regierungschefs der in der NATO verbündeten Länder auf dem NATO-Gipfel in Wales, jegliche praktische militärische und zivile Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland auszusetzen, die politischen Kommunikationskanäle jedoch weiter offenzuhalten. Dieser Beschluss folgte einem Übereinkommen der Außenminister der NATO-Staaten. Die USA haben auf Bitten der osteuropäischen Nato-Länder zusätzliche Truppen nach Osteuropa geschickt. Mit Rücksicht auf die NATO-Russland-Grundakte erfolgt keine ständige Stationierung, sondern alle neun Monate werden militärische Einheiten ausgetauscht. Dabei wird Kriegsgeschütz hinterlassen und es vollzieht sich eine getarnte Aufrüstung. Zudem werden in einem knappen halben Jahr 20.000 US-Soldaten und große Mengen an Militärmaterial quer durch Deutschland gen Osten ziehen. Im Rahmen der Übung „Defender 2020“ proben die USA und ihre europäischen Verbündeten die transatlantische Mobilisierung gegen Russland. Es ist die größte Übung in der Region seit 25 Jahren.

Der Barnim wird immer öfter zum Durch- und Aufmarschgebiet für zusätzliche NATO-Truppen. Die Verlegung von Panzerverbänden ist kein Beitrag zur Friedenserhaltung. Panzer sind Angriffswaffen, die dazu dienen, schnell in ein Nachbarland einzufallen. Sie bergen die Gefahr, dass Konflikte provoziert werden, die dann nicht mehr zu stoppen sind. Die Angst vieler Polen vor angeblichen russischen Aggressionsabsichten wird damit eher verstärkt, sie zu bekämpfen, geht nur mit konsequenter Abrüstung und der Einhaltung internationaler Verträge.

Der Ostukraine Konflikt zeigt, dass Nationalismus kein Weg für ein friedliches Zusammenleben darstellt. Die Aufnahme der Krim in die russische Föderation kann als Notwehr gegen das weitere Vorrücken der NATO im Schwarzen Meer verstanden werden.

Angesichts der wieder in diesen Tagen einsetzenden NATO-Truppenverlagerung durch den Barnim fordern wir die Bundesregierung auf:

- sich im Rahmen der NATO für eine Beendigung der Truppentransporte einzusetzen,
- sich für eine zügige Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen auf allen Ebenen einzusetzen. Die Wirtschaftssanktionen müssen sofort beendet werden. Sie schaden vor allem der ostdeutschen Wirtschaft und verändern die politischen Verhältnisse negativ.

Gegenüber der Landes- und Bundesregierung fordern wir, den Strukturwandel und seine finanziellen Mittel nicht für den Ausbau militärischer Strukturen zu missbrauchen. Wir werden gemeinsam mit Anderen Widerstand leisten.